



demokratisches und friedliebendes Deutschland die Unterstützung aller friedliebenden Völker.

Diese Tatsache rührt nicht zuletzt daher, daß alle Völker ein Interesse daran haben, den von Westdeutschland her drohenden Krieg zu verhindern. Das Ziel der gegenwärtigen Friedensbewegung ist es, die Volksmasse zur Verhütung eines neuen Weltkrieges zu mobilisieren. Sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes um die Erhaltung des Friedens. In unserem konkreten Falle wäre allen Völkern gedient, wenn die westdeutsche Regierung der kriegslüsteren Revanchepolitiker gestürzt und durch eine andere Regierung ersetzt wird, die bereit ist, durch eine gesamtdeutsche Verständigung zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Das sind durchaus demokratische Ziele. Insofern unterscheidet sich die gegenwärtige Friedensbewegung von der Bewegung gegen den ersten imperialistischen Krieg, als damals die Aufgabe der Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg gestellt und der Kampf um sozialistische Ziele geführt wurde. Natürlich ist auch in der gegenwärtigen Etappe die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich durch das Zusammentreffen von besonderen Umständen in irgendeinem Lande der Kampf für den Frieden zu einem Kampfe um den Sozialismus entwickeln kann. Das wäre dann aber schon nicht mehr die gegenwärtige Friedensbewegung, sondern eine Bewegung zum Sturze des Kapitalismus.

Die gegenwärtige Friedensbewegung hingegen ist auf die Verhütung des durch die amerikanische Aggression besonders von Deutschland und Japan her drohenden Krieges und auf die unverzügliche Beendigung des Krieges in Korea gerichtet. Alle Völker sind am Erfolg dieser demokratischen Friedensbewegung interessiert. Dabei darf man sich jedoch keine Illusion derart machen, als ob dadurch die Unvermeidlichkeit von Kriegen im Kapitalismus aufgehoben würde. Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden. Darüber darf es in unseren Reihen keine Unklarheiten geben.

Dem Aggressor wohlgerüstet begegnen

Die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik betreiben eine konsequente Politik des Friedens. Sie mobilisieren alle Kräfte für den weiteren Aufschwung der Volkswirtschaft, für die Verbesserung des Lebensniveaus der Völker und den kulturellen Aufbau. Aber sie dürfen die Notwendigkeit nicht übersehen, daß sie gleichzeitig ihre Verteidigungskräfte energisch stärken müssen, um jeden Überfall der Aggressoren zurück-

schlagen zu können. „Natürlich“, sagte Genosse Stalin, „möchten die Aggressoren, daß die Sowjetunion ungerüstet wäre, falls sie ihren Überfall auf sie unternehmen. Aber damit ist die Sowjetunion nicht einverstanden und meint, daß man dem Aggressor wohlgerüstet begegnen muß.“ Ausgehend von dieser Weisung des Führers der Werktätigen der Welt, des großen Stalin, stärkt die Sowjetunion, ohne ihre friedliche Arbeit zu unterbrechen, energisch die Macht des Sowjetstaates. Gleichzeitig verfolgt sie aufmerksam alle Versuche der Imperialisten, einen neuen Krieg zu entfachen, und ist stets bereit, den Aggressoren eine vernichtende Abfuhr zu erteilen.

Unsere Republik kann nie für imperialistische Kriege mißbraucht werden

Aus dieser Weisung des Genossen Stalin ergibt sich auch für uns eine ernste Schlußfolgerung. Beschäftigt mit der Erfüllung unseres Fünfjahrplanes, des Planes der allseitigen Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft, der ununterbrochenen Hebung des Lebensniveaus unseres Volkes, beschäftigt mit dem Kampf um den Frieden und um die Einheit unseres Vaterlandes, müssen wir gleichzeitig zur bewaffneten Verteidigung unserer friedlichen Arbeit und unserer Errungenschaften bereit sein. Gerade angesichts der Gefahr, die durch Adenauers Kriegsverträge über unser Volk und Europa heraufbeschworen wird, tritt die ganze Bedeutung der Existenz und der erfolgreichen Entwicklung unserer Deutschen Demokratischen Republik besonders überzeugend hervor. Dem Wiedererstehen eines aggressiven Imperialismus sind in unserer Republik alle Grundlagen entzogen. Eine imperialistische Kriegspolitik hat in unserer Republik keine soziale Basis mehr. Durch die tiefgehenden demokratischen Umwälzungen in Industrie und Landwirtschaft haben wir bei uns das kriegslüsterne Monopolkapital ebenso ausgeschaltet wie das militaristische Junkertum. Unser Staatsapparat ist erneuert, und die Arbeiterklasse hat in ihm die entscheidenden Positionen inne. Unsere Volksbildung ist frei von Chauvinismus und Kriegshetze, sie pflegt die Völkerfreundschaft und erzieht unsere Jugend zum entschlossenen Kampf für den Frieden. Unsere Republik kann nie mehr für imperialistische Kriegsvorbereitungen und aggressive Kriegspläne mißbraucht werden. Sie ist die feste staatliche Basis für den Kampf aller deutschen Patrioten um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich auch die Aufgaben, die wir auf dieser Parteikonferenz zu lösen haben.